

SHORT NEWS

Ceta: Schub oder Todesstoß?

(lm) - Die nationalen Parlamente sollen nicht über CETA, das Freihandelsabkommen mit Kanada, abstimmen. Dies sei die, juristisch abgesicherte, Position der EU-Kommission, verkündete deren Präsident Jean-Claude Juncker den versammelten Staats- und Regierungschefs am vergangenen Dienstag. Doch was wie ein Verstärkungsschub für eine schnelle Ratifizierung des Abkommens aussieht, könnte sich als Todesstoß für CETA wie für TTIP erweisen. Jedenfalls ließ der Sturm der Entrüstung nicht lange auf sich warten. In Luxemburg diagnostizierten die Grünen eine „Vogel-Strauß-Politik“, die LSAP warnte „So nicht, Herr Juncker!“ und „Déi Lénk“ stellte fest: „Die Demokratie wird abgeschafft“. Die NGO-Plattform Stop TTIP bezeichnete das Vorgehen der Kommission als „demokratieverachtend“. Die Kommission solle „die Lehren aus dem Brexit-Desaster ziehen und verstehen, dass ein Großteil der BürgerInnen ein demokratischeres, sozialeres und ökologischeres Europa einfordern“. Die Plattform begrüßt die kritische Stellungnahme von Premierminister Xavier Bettel in Brüssel und erinnert an die entsprechende Chamber-Motion. Diese fordert ein Veto Luxemburgs für den Fall, dass die nationalen Parlamente übergangen werden. Weil in jedem Fall das Europaparlament über CETA abstimmen muss, beteiligt sich Stop TTIP auch an der EU-weiten Kampagne, die Europaabgeordnete dazu bringen soll, Farbe zu bekennen (<https://stop-ttip.org/cetacheck>).

Klimawandel: Of Mice and Men

(lm) - In Indien gibt es immer noch Königstiger und die Mhorr-Gazelle kann man immerhin noch in Zoos besuchen. Doch eine Bramble-Cay-Mosaikschwanzratte wird vermutlich kein Mensch je wieder zu Gesicht bekommen. Der kleine Nager, der seit Jahrtausenden isoliert auf der fünf Hektar großen Koralleninsel Bramble Cay im Great Barrier Reef lebte, gilt als das erste Säugetier, das aufgrund des vom Menschen verursachten Klimawandels ausgestorben ist. Dabei hatten australische Forscher in den vergangenen Jahren Vorbereitungen für ein Erhaltungszuchtprogramm getroffen. Doch die Zerstörung des Lebensraums der Mosaikschwanzratten, insbesondere durch Stürme und Überschwemmungen, schritt schneller voran als erwartet. 2014 misslang der Versuch, dort Tiere einzufangen; die nun vorliegende Auswertung der damaligen Expedition kommt zur Schlussfolgerung, dass die Art ausgestorben ist. „Als klar wurde, dass als dringende Schutzmaßnahme ein Erhaltungszuchtprogramm notwendig sei, war es bereits zu spät“, zitiert der Guardian einen der beteiligten Forscher. Ob der Homo sapiens wohl mehr Glück haben wird? Angesichts der unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen kann er nur hoffen, dass Aliens ein paar Exemplare seiner Spezies entführen und ein Zuchtprogramm starten - bevor es zu spät ist.

Blanchiment : identification par Skype

(lc) - À en entendre nos représentants au gouvernement, et avant tout le premier ministre ainsi que ceux en charge de l'Économie et des Finances, la Fintech serait la panacée. Des fonds publics sont même massivement engagés pour attirer et faire évoluer des start-up dans ce domaine à la croisée du monde technologique et du monde de la finance. Pourtant, malgré tout cet optimisme, il faut aussi garder à l'œil les textes de loi. Et surtout ceux qui s'appliquent au blanchiment et à la lutte contre le financement du terrorisme. Or, il s'avère que la Commission de surveillance du secteur financier (CSSF) a autorisé - dans le cadre d'un meilleur accueil des nouvelles technologies - les banques à identifier leurs clients par le moyen d'un appel vidéo. Cette disposition a éveillé la vigilance du député conservateur Laurent Mosar, qui a voulu savoir du ministre des Finances si une telle identification était compatible avec toutes les directives antiblanchiment auxquelles la place est soumise. Dans sa réponse, Pierre Gramegna rassure le parlementaire en remarquant notamment que les professionnels seraient soumis à « une série de conditions et d'exigences strictes ». Nous voilà rassurés.

AKTUELL



Laut Félix Braz und Lydia Mutsch soll Prostitution weiterhin erlaubt bleiben.

PROSTITUTION

Halbherziges Modell

David Angel

Bleibt Prostitution in Luxemburg erlaubt? Ja, sagen Chancengleichheits- und Justizministerium. Doch letztendlich werden wohl die Gerichte entscheiden müssen.

Es hat auch seine guten Seiten, das „Luxemburger Modell“. Es sorgt dafür, dass verschiedenste Interessen zufriedengestellt werden. Dass auch der Teil der Gesellschaft zum Zuge kommt, dessen gewählte VertreterInnen nicht die Regierung stellen. Nicht zuletzt wird dadurch auch ein gewisser Grad an Stabilität und sozialem Frieden gewährleistet. Doch ab und zu gibt es Dinge, die eine eindeutige Antwort verlangen, eine Entweder-Oder-Entscheidung. Bei denen das typische luxemburgische Konsens-Prinzip für die Lösung von Problemen also hinderlich ist.

Zu diesen Angelegenheiten gehört die Prostitution. Nicht ohne Grund haben sich in einer Vielzahl von europäischen Ländern über die letzten Jahre im Wesentlichen zwei Modelle durchgesetzt: das schwedische, dessen erklärtes Ziel die Abschaffung der Prostitution durch die Strafverfolgung von Freiern ist, und das deutsche, das den „Schutz in der Prostitution“ durch einen legalen Rahmen gewährleisten will.

Man habe sich zwar an ausländischen Modellen inspiriert, erklärte Chancengleichheitsministerin Mutsch am Mittwoch der Presse, aber keines von denen eins zu eins übernehmen wollen. Prostitution weise in Luxemburg mehrere Spezifitäten auf. So hielten sich beispielsweise viele Prostituierte nur für kurze Zeit in Luxemburg auf, bevor sie ihren „Arbeitsplatz“ ins Ausland verlegten.

Deshalb habe man ein „Luxemburger Modell“ ausgearbeitet, dessen Ziel es sei, die Prostitution „zu reduzieren“. Eine Ausweitung des sozialen, medizinischen und psychologischen Hilfsangebots solle für einen verbesserten Schutz der Betroffenen sorgen, genau wie die Schaffung einer „Exit-Strategie“.

„Prostitution bleibt in Luxemburg erlaubt“, stellte Braz klar. Man sage aber der sexuellen Ausbeutung den Kampf an. Das vorgestellte Gesetzesprojekt zum Thema geht in diese Richtung:

Wer die Dienste eines offensichtlichen Opfers von Menschenhandel in Anspruch nimmt, soll künftig mit bis zu sechs Monaten Haft bestraft werden können. Ist das Opfer minderjährig oder aufgrund seiner administrativen Situation - gemeint sind Menschen ohne Papiere -, einer Krankheit oder eines psychischen oder physischen Defizits offensichtlich besonders verletzbar, drohen sogar bis zu fünf Jahre.

Faktisches Verbot?

Auch Prostituierte, die aufgrund ihrer „prekären sozialen Situation“ anfällig sind, sollen durch diesen Paragraphen geschützt werden. Aber befindet sich nicht die absolute Mehrheit der „Sexarbeiterinnen“ in einer „prekären sozialen Situation“? Kommt also ein Paragraph, der käuflichen Sex mit Personen, die aufgrund einer solchen Situation verletzbar sind, unter Strafe stellt, nicht einem faktischen Verbot des Sexkaufs gleich? Das sei zumindest so nicht beabsichtigt, erklärt Félix Braz. Letztendlich sei es aber Sache der Gerichte, einen solchen Paragraphen auszulegen. Und notfalls müsse der Gesetzgeber dann halt noch mal ran.

Unter welchen Bedingungen bleibt Prostitution legal? „Eine Person, die zum Beispiel aus freien Stücken bei sich zuhause ihre Dienste anbietet, kann das auch weiterhin tun“, erklärt der Justizminister. Allerdings nur, wenn diese Person nicht MieterIn der Wohnung ist: Ein anderer Artikel des Strafgesetzbuchs stellt nämlich auch das wissentliche Vermieten einer Wohnung, die zur Prostitution genutzt wird, unter Strafe. Unabhängig davon, ob es sich dabei um erzwungene oder „freiwillige“ Prostitution handelt.